

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

S-E-C-R-E-T

50X1-HUM

COUNTRY	East Germany	REPORT	
SUBJECT	Official Bulletin of the East German Ministry of Foreign and All-German Trade (Verfuegungen und Mitteilungen des Ministeriums fuer Aussenhandel und Innerdeutschen Handel)	DATE DISTR.	10 Sept '59
		NO. PAGES	1
		REFERENCES	
DATE OF INFO.			
PLACE & DATE ACQ.			

50X1-HUM

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

Verfuegungen und Mitteilungen
des Ministeriums fuer Aussenhandel und Innerdeutschen Handel, No. 5, dated 15 May 1959, classified "For Official Use only" (Nur fuer den Dienstgebrauch!). The bulletin contains the following articles:

1. Implementation of Operative Plan Changes in the Movement of Goods in Foreign and All-German Trade during the 1959 Plan Year. Anlage 1 to the article lists the commodities of the greatest importance (Schwerpunktpositionen): brown coal briquettes, potash products, nitrogen fertilizer, writing and printing paper, newsprint, carburetor fuel, diesel fuel, sulphur, PVC powder, synthetic rubber, refined beet sugar, and rayon (Zellwolle B and W). The trade agencies responsible for the commodities are listed, but amounts to be imported or exported are not indicated. Blank forms are attached.
2. Subordination and Definition of the Activities of the Domestic-Price Adjusters of Foreign Trade Enterprises. The photographic print is very badly blurred; only about half of the article is readable.
3. Regulations for Travelers Concerning the Transporting of All Kinds of Articles in Travel between Foreign Countries, the German Federal Republic and West Berlin, and East Germany. Permissible amounts of such items as coffee, chocolate, tobacco, meat and meat products are given. Specific instructions for members of official delegations traveling to East Germany, and for East German delegations traveling outside the country, are included.
4. Domestic Trade: Anticipation of Agreements to Be Made for 1960. Estimated values in accounting units (VE) of trade between East and West Germany.
5. Several regulations concerning trade between East Germany, ~~CIA member countries~~, and other countries are included.

Distribution of Attachment (12 pages in German):

S-E-C-R-E-T

50X1-HUM

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI	AEC				
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)													

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

1959	Berlin, den 15. Mai	Nr. 5
------	---------------------	-------

Inhaltsverzeichnis

I. Verfügungen		
Nr. 124	Durchführung operativer Planänderungen in der Warenbewegung im Außenhandel und innerdeutschen Handel im Laufe des Planjahres 1959	51
Nr. 125:	Fi 5.59 Unterstellungsverhältnis und Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete der Inlandspreisbearbeiter der Außenhandelsunternehmen	57
Nr. 126:	3. Änderung der Verfügung Nr. 63 — Versand von Mustern sowie von Ersatzlieferungen aus Gewährleistungs- und Garantieverpflichtungen im innerdeutschen Handel	57
Nr. 127:	Mitnahme von Gegenständen aller Art im Reiseverkehr zwischen dem Ausland, der Deutschen Bundesrepublik sowie Westberlin und der DDR	53
II. Mitteilungen		
Innerdeutscher Handel:	Vorgriff für das Jahr 1960 auf noch zu treffende Vereinbarungen	59
Recht:	Bekanntmachung des Protokolls zur Ergänzung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958) — DDR/Rumänische VR —	69
	Direktversand durch Unter- bzw. Zulieferanten der Herstellerbetriebe von Exportwaren in das Ausland	60
	Anordnung über die Ausfuhr und Einfuhr von Werbematerial im Außenhandel und innerdeutschen Handel	61

I. Verfügungen

Verfügung Nr. 124: Durchführung operativer Planänderungen in der Warenbewegung im Außenhandel und innerdeutschen Handel im Laufe des Planjahres 1959

10. 4. 59/1-52/App. 413

Zur Realisierung der Forderungen des Gesetzes vom 11. 2. 1958 zur Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates und auf der Grundlage der Verfügung der Staatlichen Plankommission über das Verfahren zur operativen Änderung von Aufgaben im Export und Import wurde die nachstehende für den gesamten Bereich des Außenhandels verbindliche Verfügung erarbeitet.

Sie regelt die Form der Durchführung aller operativen Veränderungen des Warenbewegungsplanes (einschließlich Reexporte und Lohnveredelungen) sowie ihre Auswirkungen auf den Valutaplan. Sie ist zur Sicherung der Erfüllung des Außenhandelsplanes sowie zur Einhaltung und Festigung der Plandisziplin von besonderer Bedeutung. Hierbei wird davon ausgegangen, daß bei grundsätzlicher Einhaltung der für die Planschrift gestellten Aufgaben die erforderlichen operativen Änderungen weitestgehend durch die Leitungen der AHU zu entscheiden sind und das Ausmaß der erforderlichen Änderungsanträge auf ein Minimum zu beschränken ist. Ihre strikte Einhaltung fordert die Eigenverantwortlichkeit der AHU und führt zur größeren Selbständigkeit der Mitarbeiter in den AHU.

I. Allgemeine Grundsätze

1. Alle erforderlichen Planänderungen im Laufe des Planjahres sind entsprechend dieser Verfügung durchzuführen einschließlich der zusätzlichen Warenbewegungen aus der Steckopfordbewegung.

2. Sämtliche sich aus dieser Verfügung ergebenden Planänderungen haben keinen Einfluß auf die Reinschrift des Planes, die unabhängig davon für das AHU die Abrechnungsgrundlage darstellt. Unter- oder Übererfüllungen des bestätigten Außenhandelsplanes auf Grund operativer Änderungen sind in den Analysen zu begründen. Die Berücksichtigung der operativen Planänderung auf andere Teilpläne sowie für Zwecke der Errechnung der Zuführungen zum Betriebsprämienfonds werden gesondert geregelt. Als Grundlage für den überbetrieblichen Wettbewerb gelten die Werte der Planschrift einschließlich der durch das MAI angewiesenen operativen Planänderungen. Eine Berücksichtigung der durch das AHU in eigener Zuständigkeit durchgeführten operativen Planänderungen erfolgt nicht.

3. Bei allen durchzuführenden Planänderungen muß davon ausgegangen werden, daß der Außenhandel der DDR auf bilateraler Grundlage erfolgt und die im Plan vorgesehenen Importe nur dann gesichert sind, wenn die Exportlieferungen und Valutaeinnahmen in den einzelnen Ländern entsprechend den im Plan enthaltenen Aufgaben erfolgen. Diese unbedingte Notwendigkeit, eine Verschlechterung der im Plan vorgesehenen Zahlungsbilanz zu verhindern, gilt in erster Linie in bezug auf die kapitalistischen Länder. Ebenso dürfen operative Planänderungen grundsätzlich

die in den Abkommensvereinbarungen im Sozialistischen Wirtschaftsgebiet (SW) und Kapitalistischen Wirtschaftsgebiet (KW) festgelegten Ex- und Importverpflichtungen nicht beeinträchtigen.

4. Die von den AHU nach dieser Verfügung zu beantragenden Planänderungen dürfen erst nach Vorlage des Bestätigungsschreibens der HA Planung durchgeführt werden. Die abgelehnten Anträge werden den AHU mit entsprechender Begründung zurückgegeben.
5. Die Durchführung von zusätzlichen Importen auf Grund von Valutaersparungen ist ohne Genehmigung durch das MAI nicht statthaft, auch wenn hierdurch das in der Beinschrift bestätigte Importgesamtvolumen nicht überschritten wird.
6. Operative Planänderungen bei Planpositionen der Staatsplannomenklatur
 - a) Exporterhöhungen und -senkungen,
 - b) Importerhöhungen und -senkungen,
 - c) Verlagerung von Kontingenten innerhalb und zwischen den Wirtschaftsgebieten beim Ex- und Import.

Bei operativen Planänderungen, die durch die HA Planung angewiesen werden, ist die Lastaufteilung von der HA Planung in Absprache mit den HA Handelspolitik und dem Bereich Valuta festzulegen.

In den Fällen a) und b) sind vom AHU entsprechende Anträge der HA Planung nur einzureichen, soweit diese Änderungen nicht bereits durch die HA Planung angewiesen wurden.

Bei Verlagerungen c) sind Anträge nur einzureichen, wenn hiervon handelspolitische Schwerpunktpositionen (s. Anlage 1) betroffen werden. Im übrigen gilt das gleiche wie zu 7 c).

7. Operative Planänderungen bei allen übrigen Positionen
 - a) Exporterhöhungen und -senkungen,
 - b) Importerhöhungen und -senkungen,
 - c) Verlagerungen von Kontingenten innerhalb und zwischen den Wirtschaftsgebieten beim Ex- und Import.

Grundsätzlich sind für alle übrigen Positionen operative Planänderungen ohne Antragstellung vom AHU eigenverantwortlich unter Beachtung der Ziff. 3 dieser Verfügung durchzuführen.

Zu a) Bei Exportsenkungen ist ein wertmäßiger Ausgleich durch den zusätzlichen Export anderer Waren oder durch Importerhöhungen im gleichen Land und insgesamt herbeizuführen.

Zu b) Importerhöhungen dürfen nur dann in eigener Zuständigkeit durchgeführt werden, wenn diese durch Importsenkungen im gleichen Land und insgesamt wertmäßig ausgleichend werden. Hierbei kann es sich ausschließlich um Veränderungen der Spezifikation durch den Kontingenträger handeln. Ein Ausgleich durch Exporterhöhungen ist nicht zulässig.

Zu c) Bei Ex- und Importverlagerungen innerhalb und zwischen den Wirtschaftsgebieten sind die festgelegten Länder- und Währungsgebietsvolumen einzuhalten.

Als Ausnahme von dieser Regelung können

aa) Exportverlagerungen vom sozialistischen Wirtschaftsgebiet nach dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet und

bb) Importverlagerungen aus dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet nach dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet

ohne Wertausgleich durchgeführt werden, wobei die Vereinbarungen in den Abkommen mit den sozialistischen als auch mit den einzelnen kapitalistischen Ländern unbedingt einzuhalten sind. Ist die Einhaltung der Abkommensvereinbarungen in Ausnahmefällen nicht möglich, so ist die Zustimmung des Stellvertreters des Ministers für Handelspolitik einzuholen.

Eine Verschlechterung des wertmäßigen Quartalsvolumens des Valutaplanes im KW darf durch die operativen Planänderungen gemäß Ziff. 7 a bis c nicht erfolgen.

8. Alle operativen Planänderungen (übrige Planpositionen Ziff. 7 a und b) bedürfen der Zustimmung der zuständigen bilanzierenden Wirtschaftsorgane (Staatliche Kontore, VVB bzw. Leitbetriebe) und sind mit diesen auf der Wertbasis „DM-Betriebspreis“ schriftlich zu vereinbaren.
9. Planerhöhungen bei Ausgaben der kommerziellen Dienstleistungen können bis zur Höhe von 20% pro Währungsgebiet im Jahr von den AHU eigenverantwortlich durchgeführt werden. Darüber hinausgehende Erhöhungen sind formlos bei der HA Planung zu beantragen. Planverlagerungen innerhalb der Währungsgebiete sind generell vom AHU zu entscheiden.

10. Bei der Durchführung operativer Planänderungen sind stets neben handelspolitischen Belangen die Ergebnisse der Rentabilitätsuntersuchungen zu berücksichtigen. Eine Verschlechterung des ökonomischen Ergebnisses ist nach Möglichkeit zu vermeiden.

11. Werden gemäß Abschnitt I, Ziff. 6 Abs. 2, dieser Verfügung operative Planänderungen durch die HA Planung angewiesen, so sind hierfür die Auswirkungen auf den Preisausgleich entsprechend der Flachkalkulation gemäß Formblatt 1410 I (Warenbewegungsplan) von den AHU zu ermitteln und der HA Planung einzureichen.

II. Verfahrensweise

1. Alle entsprechend den vorstehenden Grundsätzen zu beantragenden operativen Planänderungen sind auf den dafür vorgesehenen Antragsformularen (Anlage 2)
 - a) für Erhöhungen und Senkungen von Positionen der Staatsplannomenklatur fläch,
 - b) für alle übrigen Veränderungen fläch

an die HA Planung einzureichen, wobei für die unter b) genannten Veränderungen nur dann Anträge zu stellen sind, wenn die Forderungen gemäß Abschnitt I, Ziff. 6 b bzw. 7 a-c, vom AHU nicht erfüllt werden können.

2. Die Bearbeitung und Entscheidung der zu stehenden Anträge erfolgt spätestens innerhalb 8 Tagen nach Eingang bei der HA Planung.

3. Die gemäß Abschnitt I, Ziff. 11, dieser Verfügung zu ermittelnden Preisausgleichsveränderungen sind in einfacher Ausfertigung 8 Tage nach erteilter Planänderungsauftrag durch das MAI vom AHU der HA Planung einzureichen.

III. Berichterstattung

1. Alle von der HA Planung genehmigten sowie die von den AHU eigenverantwortlich durchgeführten operativen Planänderungen (Erhöhungen, Senkungen und Verlagerungen) sowohl bei Staatsplan- als auch bei übrigen Positionen sind spätestens am 2. eines jeden Quartals in ihrem Wertvolumen in einer Gesamtaufstellung nach beiliegendem Muster (Anlage 3 a) der HA Planung fläch mitzuteilen.

2. Die Aufstellung ist getrennt für den Ex- und Import kumulativ auszufertigen. Für jedes Wirtschaftsgebiet (SW, KW) ist ein besonderes Formblatt zu verwenden.

3. Die Aufstellungen je Wirtschaftsgebiet unterteilen sich entsprechend der festgelegten Ländernomenklatur, wobei das Formblatt SW den Gesamtausweis des AHU und das Formblatt KW die Zwischenadditionen der Währungsgebiete und beim IDH die Gliederung nach Unterkonten enthalten muß.

4. Die Anlage 3 b beinhaltet eine Quartalsaufteilung der Spalten 14 und 15 aus der Anlage 3 a.

5. Sämtliche Import-Planänderungen und Senkungen sowie Importveränderungen bei Importfinanzierungspositionen sind, soweit sie das KW betreffen, ebenfalls in ihrem Wertveränderungsplan (Anl. 2) je nach Monat für den vorangehenden Monat, unterteilt in I. und II. Halbjahr, ebenfalls gemäß Anlage 3 c einzufüllen. Importfinanzierungspositionen sind solche Schwerpunktpositionen, für die entsprechend der neuen Methode der Importfinanzierung die Valutazuteilung durch die HA-Planung nach Wert- und Warenkontingent durchgeführt wird. Diese Positionen sind den Valutagruppen der einzelnen AHU bekannt.

IV. Erläuterung der Formblätter

Die Anträge, Quartalsübersichten und Monatsübersichten sind entsprechend den liegenden Mustern von den einzelnen AHU selbst anzufertigen.

A) Antragsformular

1. Ab Zeile 3 findet eine Länderaufteilung der operativen Planänderungen statt.
2. Abweichungen zwischen den auszuweisenden Werten des Warenbewegungsplanes und des Valutaplanes auf Grund der beantragten Veränderungen ergeben sich in den Quartalen aus der Differenz zwischen Warenbewegung und Valutazahlung. Der Gesamtwert in Spalte 3 muß in beiden Positionen (Warenbewegungs- und Valutaplan) übereinstimmen, da eine Senkung des Valuta-Aufkommens bzw. Erhöhung des Valuta-Bedarfs nicht zugelassen werden kann.

B) Quartalsmeldungen und Monatsmeldungen

- a) Übersicht über die im Berichtszeitraum durchzuführenden Änderungen (Anl. 3 a)
 1. Die Quartalsmeldung beinhaltet sämtliche operativen Planänderungen,
 - a) die von der HA-Planung angewiesen,
 - b) die auf Antragstellung des AHU von der HA-Planung genehmigt und
 - c) in eigener Zuständigkeit des AHU durchgeführt wurden, unter Zugrundelegung der bestätigten Planreinschrift.

2. Die Zeilen „Gesamt“ der Spalten 2–17 beinhalten sämtliche operativen Planänderungen, die im jeweiligen Berichtszeitraum insgesamt durchgeführt wurden (kumulative Werte ab 1.1.1959). In den darunterstehenden Zeilen „Planstand am Ende des Berichtszeitraumes“ ist einzusetzen der Saldo je Währungsgebiet, der sich ergibt aus der Summe der Zu- und Abgänge der operativen Planänderungen zusätzlich der Werte der bestätigten Reinschrift des Außenhandelsplanes.

3. Der Gesamtwert in den Spalten 2 und 3 muß mit dem Gesamtwert der Spalten 14 und 15 übereinstimmen, da eine Senkung des Valuta-Aufkommens bzw. Erhöhung des Valuta-Bedarfs nicht statthaft ist.

- b) Quartalsübersicht über die im Berichtszeitraum durchgeführten Planänderungen (Anl. 3 b)
In dieser Übersicht erfolgt eine Quartalsaufteilung der operativen Veränderungen im Valutaplan. Sie ist kumulativ zu erarbeiten und muß insgesamt mit den Werten in Spalten 14 und 15 (Anl. 3 a) übereinstimmen.

c) Monatsübersicht der operativen Planänderungen bei Importfinanzierungspositionen (Anl. 3 c)

1. Diese Übersicht wird ausschließlich für Importveränderungen im KW erarbeitet und beinhaltet nur die im Berichtsmonat erfolgten Veränderungen je Importfinanzierungsposition (nicht kumulativ) nach Ländern.
2. Sie enthält die gleiche Ländernomenklatur wie Anlage 3 a (KW). Es sind jedoch hier nur die Länder und Importfinanzierungspositionen auszuweisen, die in dem betreffenden Berichtsmonat eine Veränderung erfahren haben.

V. Schlußbestimmungen

Die Verfügung gilt ab sofort und umfaßt alle Veränderungen gegenüber der Planreinschrift 1959. Alle bisher ergangenen schriftlichen und mündlichen Anweisungen über die Durchführung operativer Planänderungen im Außenhandel und Innerdeutschen Handel sind ungültig.

gez. Huttenrauch
Staatssekretär

Anlage 1

Liste der Schwerpunktpositionen

Bergbau-Handel GmbH
 12 12 310 Braunkohlenbriketts
 12 71 200 Kali-Erzeugnisse
 14 11 810 Stickstoffdünger

VEH DIA Holz und Papier
 33 13 200 Schreib- und Druckpapier
 33 13 100 Zeitungsdrukpapier

Mineralöle Import und Export GmbH
 14 81 210 Vergaserkraftstoff
 14 82 230 Dieselmotoröl

VEH DIA Chemie
 14 11 110 Schwefel
 14 51 210 PVC-Pulver
 14 71 111 Synthetischer Kautschuk

Deutsche Genüßmittel GmbH
 37 04 200 Weißzucker aus Rüben

VEH DIA Textil
 14 02 160 Zellwolle B
 14 02 200 Zellwolle W

Anlage 2

Export Import	Antrag-Nr. Auf Erhöhung, Senkung, Verlagerung von Kontingenten	Datum: Bearbeiter: T.M. Nr.:
Erzeugnisgruppe-Nr. Planposition-Nr. (Zuordnung laut Schlüssel)	Planpos.-Nr.: ME	AHU
	Gesamt	I. Quartal
		II. Quartal
		III. Quartal
		IV. Quartal
1	2	3
4	5	6
7		
Plankontingent laut Beschrift.	Menge Wert (Warenbeweg.) Inlandspr. in TDM	
Gewünschte Veränderung (Erhöhung, Senkung, Verlagerung)	Menge Wert (Warenbeweg.) Wert (Valutaplan) Inlandspr. in TDM	
Land:	Menge Wert (Warenbeweg.) Wert (Valutaplan)	
Land:	Menge Wert (Warenbeweg.) Wert (Valutaplan)	
Land:	Menge Wert (Warenbeweg.) Wert (Valutaplan)	
Land:	Menge Wert (Warenbeweg.) Wert (Valutaplan)	
Werte - TDM Valutagegenwert einschl. PAI (fob-Werte)		

Allseitige Begründung des Antrages

Unterschriften:

Generaldirektor

Planungsleiter

Lieferbetrieb:

Stellungnahme der VVB und des Staatl. Kontors zum Antrag

Unterschriften:

Raum für im Bedarfsfall erforderliche Bestätigungen und Unterschrift.

zuständiges Referat der HV:

Datum:

Beteiligte Länderreferate:
des zuständ. Handelspol.Land:
Land:
Land:Datum:
Datum:
Datum:

HA Planung Bereich Valuta des MAI:

Datum:

Bemerkungen:

Muster

Anlage 3 a

Übersicht über die im Berichtszeitraum durchgeführten Planänderungen

Land	Waren- bew.-gangs-pl. gesamt		II. Quartal		III. Quartal		IV. Quartal		davon: **) Erz.-Gr.				Voluntaplan gesamt		Betriebs- preis gesamt		
	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
AHU gesamt																	
Planstand am Ende d. Berichts- zeitraumes ges.																	
Soz. Weltmarkt gesamt																	
Planstand am Ende d. Berichts- zeitraumes																	
UdSSR Albanien u.w.																	
Kap. Weltmarkt gesamt																	
Planstand am Ende d. Berichts- zeitraumes																	
dav. VW gesamt																	
Planstand am Ende d. Berichts- zeitraumes																	
Finnland u.w. dav. FD gesamt																	
Planstand am Ende d. Berichts- zeitraumes																	
dav. IDH gesamt																	
Planstand am Ende d. Berichts- zeitraumes																	
Unterkonto Unterkonto Unterkonto																	

*) Nichtzutreffendes streichen.

**) Die Veranlagungen in den Erz.-Gr. sind nur in den Wirtschaftssektoren SW und KW gesamt zu erfassen und in der Zeile Berichtszeitraum SW und KW.

Anlage 3 b

Quartalsübersicht über die im Berichtszeitraum durchgeführten Planänderungen

AHU		Export		Werte in TDM							
		Import									
Land	Valutaplan gesamt		I. Quartal		II. Quartal		III. Quartal		IV. Quartal		
	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
AHU gesamt											
Plan am Ende des Berichtszeitraumes gesamt											
Soz. Weltmarkt gesamt											
Formblatt soz. Wirtschaftsgebiet											
Plan am Ende des Berichtszeitraumes gesamt											
UdSSR											
Albanien											
KW gesamt											
Formblatt kap. Wirtschaftsgebiet											
Plan am Ende des Berichtszeitraumes gesamt											
Unterteilung laut Länder- bzw. Währungsgebietnomenklatur											

Muster

Anlage 3 c

AHU		Import(*)					
Land	Warenbewegungsplan		davon:		Planposition		
	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	
1	2	3	4	5	6	7	

*) Nur für Import-Planveränderungen im KW auszufüllen

Verfügung Nr. 125: Fi 5/59 Unterstellungsverhältnis und Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete der Inlandpreisbearbeiter der Außenhandelsunternehmen 17. 4. 59 (2 00 App. 3592)

I. Unterstellungsverhältnis

1. In den AHU ist ein Referat Inlandpreise zu bilden, an dem die bisherigen Bearbeiter für Festpreisregelungen und für die Bildung von Importabgabepreisen zusammenzufassen sind.
2. Das Referat Inlandpreise ist dem Leiter der Abteilung bzw. dem Referat Märkte und Preise zu unterstellen.
3. Die Inlandpreisbearbeiter dürfen zu Arbeiten außerhalb ihres Arbeitsgebietes nur dann herangezogen werden, wenn die Aufgaben der Inlandpreisbildung erfüllt sind.

II. Aufgaben des Referats Inlandpreise

Die Inlandpreisbearbeiter in den AHU erhalten die grundsätzlichen Anweisungen für ihren Tätigkeitsbereich vom Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Abt. Inlandpreise, unterliegen dessen Kontrolle und sind gegenüber dieser Abteilung und dem Generaldirektor des AHU über die Erfüllung der Aufgaben rechenschaftspflichtig.

A. Allgemeine Aufgaben

1. In den Kontoren und Abteilungen sind die preispolitischen Maßnahmen der Regierung der DDR, der Inhalt von Preisabstimmungen (PAO) und deren Auslegung, die das jeweilige AHU betreffen, zu berücksichtigen.
2. Aus den Kontoren und Abteilungen sind Anregungen zur Verbesserung der Preisbildung zu übernehmen, die dem Referat Inlandpreise zu übermitteln sind.
3. Die Inlandpreisbearbeiter sind für die Beachtung der Preisvorschriften der Regierung der DDR zu sorgen.
4. Die Inlandpreisbearbeiter sind für die Beachtung der Preisvorschriften der Regierung der DDR zu sorgen.

B. Festpreisregelungen

1. Bekanntgabe der festgesetzten Preise an die Einkaufskontore der AHU.
2. Bekanntgabe der festgesetzten Preise an die Einkaufskontore der AHU.

2. Bekanntgabe der einschlägigen Arbeitskreise und deren Arbeitspläne an die Kontore und Herbeiführung der Möglichkeiten einer aktiven Mitwirkung des AHU im Arbeitskreis.
3. Übergabe der PAO-Entwürfe an die zuständigen Einkaufs- und Verkaufskontore sowie Einleitung der Aufgaben der Kontore bei der Erarbeitung der Aufgaben 1-3, für Bemerkungen und Stellungnahmen zu den PAO-Entwürfen bzw. PAO und deren Ergänzungen. Verantwortlich für die termingemäße Einleitung der Unterlagen an die Abteilung Inlandpreise des MAI.
4. Beschaffung der nach Beschlußfassung durch die Regierungskomitees veröffentlichten PAO und deren Übergabe an die entsprechenden Kontore des AHU.

C. Preisbewilligungen für Importe

1. Zusammenfassung der für die Begründung eines Vorschlagsprozesses notwendigen Angaben der Kontore und Abteilungen (z. B. Techn. Dienst), bei gleichzeitiger Verantwortung für den preispolitisch richtigen Inhalt des Preisvorschlags.
2. Termingemäße Durchführung des vorgeschriebenen Verfahrens der Preisabstimmung bzw. Zustimmung mit den für die Preisbildung zuständigen Staats- und Wirtschaftsorganen.
3. Bekanntgabe gesetzlicher Inlandpreise an die Einkaufskontore des AHU.

D. Preisbewilligungen für Exporte

1. Einleitung des Verfahrens zur Ermittlung des Preisabgabepreises in den Kontoren.
2. Prüfung der Realisierung von Einsparungen der Kontoren zur Beschäftigung der Preisbestimmung.
3. Bekanntgabe der gesetzlichen Inlandpreise an die Kontore des AHU.
4. Einleitung des Verfahrens zur Ermittlung des Preisabgabepreises in den Kontoren.
5. Einleitung des Verfahrens zur Ermittlung des Preisabgabepreises in den Kontoren.

Verfügung Nr. 126: 3. Änderung der Verfügung Nr. 63 - Versand von Mustern sowie von Ersatzlieferungen aus Gewährleistungs- und Garantieverpflichtungen im innerdeutschen Handel)** 18. 4. 59 (TV-12-638/APP. 303)

Die bisherige Absatz 2 des Absatzes A) 2. der Verfügung Nr. 63 wird ab sofort aufgehoben.

Dieser Absatz erhält folgendes Wortlaut:

A) 2. Muster ohne Warenzeichen dürfen nicht versandt werden.

*) 1. Änderung siehe Verf. u. Mitt. 1958, Nr. 4, S. 30

2. Änderung siehe Verf. u. Mitt. 1958, Nr. 7, S. 47

**) siehe Verf. u. Mitt. 1957, Nr. 12, S. 79

gleichen und ohne Gewährleistung versandt werden, d. h. also, daß in den Textdrucken üblichen Maße mit Stoffmustern bis zur Größe von 30 x 50 cm sowie Musterzeichnungen gleichen Charakters von der Gewährleistungspflicht befreit sind.

Die Neufassung dieses Absatzes ist in der Verfügung Nr. 63 entsprechend zu vermerken.

gez. Weiss
Stellvertreter des Ministers

Verfügung Nr. 127: Mitnahme von Gegenständen aller Art im Reiseverkehr zwischen dem Ausland, der Deutschen Bundesrepublik sowie Westberlin und der DDR

2.5.59/Hu App. 1745

Im Einvernehmen mit der Landesregierung für Auswärtige Angelegenheiten wird folgendes verfügt:

Bis zum Erlaß entsprechender gesetzlicher Bestimmungen für den Reiseverkehr zwischen dem Ausland, der Deutschen Bundesrepublik sowie Westberlin und der DDR des zollfreien Mitnahmefähigkeitsverzeichnisses von Gegenständen nicht die Gewährungspflicht im Sinne des § 33, Absatz 1, Ziffer 5 der Verordnung vom 9. 1. 1959 über die Durchführung des Außenhandels (GBl. I S. 89).

A. Mitnahme von Reisegerät

Jeder Reisende kann das erforderliche Reisegerät (z. B. Annahme von Kraftfahrzeugen aller Art, die von Art und Menge der Zeitdauer, dem Zweck und Ziel der Reise, dem Lebensgehalt, dem Beruf, dem Zustand sowie seinem Beruf entspricht, mit sich führen. Hierzu gehören auch die Gegenstände des persönlichen ständigen Wohnsitzes auf direktem Wege. Ausländern, Bürgern der Deutschen Bundesrepublik und Westberlin ist die Einfuhr von Gegenständen in den nachfolgenden Mengen als Reisegepäck zulassungsfrei zugelassen:

Koffer	1 bis zu 20 kg
Kaffee	250 g
Schokolade u. -waren	bis zu 300 g
Tabak und -waren	bis zu 250 g
Wein	2 Flaschen bis zu je 1 l
Spirituosen	1 Flasche bis zu 1 l

Die in diesem Abschnitt aufgeführten Gegenstände und Waren dürfen unabhängig von der in den nachfolgenden Abschnitten getroffenen Regelung mitgeführt werden. Die Genehmigung der Mitnahme von Kraftfahrzeugen aller Art als Reisegepäck (vorübergehende Ein- bzw. Ausfuhr) wird durch entsprechende Eintragungen in die Reisedokumente durch die für die Ausstellung der Reisedokumente zuständigen Staatsorgane erteilt.

B. Mitnahme von Geschenken im Reiseverkehr mit der Deutschen Bundesrepublik und Westberlin

Im Reiseverkehr mit der Deutschen Bundesrepublik bzw. Westberlin regelt sich die Mitnahme von Geschenken gemäß § 6 der vierten Durchführungsbestimmung vom 25. 8. 1954 zum Gesetz zum Schutze des innerdeutschen Handels (GBl. I S. 757) nach den Bestimmungen der Verordnung vom 5. 8. 1954 über den Geschenkpaket- und -verkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland (GBl. I S. 727) und der dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen und Anordnungen.

C. Mitnahme von Geschenken im Reiseverkehr mit dem Ausland durch DDR-Bürger

Für die Mitnahme von Geschenken im Reiseverkehr mit dem Ausland und für die Einfuhr von im Ausland gekauften Waren durch Bürger der Deutschen Demokratischen Republik gilt folgende Regelung:

Ausreise

Der Reisende darf Geschenke im Gesamtwert bis zu 150,- DM mit sich führen. Die einzelne als Geschenk mitzuführende Ware darf den Wert von 50,- DM nicht übersteigen.

Wiederausreise

Der Reisende darf Geschenke im Gewicht bis zu 20 kg mit sich führen. Die mitgeführten Geschenke dürfen seinen und den Bedarf seiner Familienangehörigen nicht übersteigen.

Der Reisende darf im Ausland gekaufte Waren (soweit diese nicht durch den Abs. H dieser Verfügung erfasst werden) bis zu einem Gesamtwert von 150,- DM einführen.

nen, wenn die gekauften Waren seinen und den Bedarf seiner Familienangehörigen nicht übersteigen und er die Rechte der DDR bei Kauf der Waren im Ausland nachweist.

Nicht zulässig ist die Mitnahme von Geschenken, die im Ausland gekaufte Waren nur in folgenden Höchstmengen mitgeführt werden dürfen:

Kaffee	250 g
Kakao	250 g
Schokolade	300 g
Tabakwaren	50 g
Fleisch und Fleischwaren	5000 g

D. Mitnahme von Geschenken im Reiseverkehr mit dem Ausland durch Ausländer

Für die Mitnahme von Geschenken im Reiseverkehr mit dem Ausland und für die Ausfuhr von in der DDR gekauften Waren durch Ausländer gilt folgende Regelung:

Einreise

Der einreisende Bürger darf Geschenke im Gewicht bis zu 20 kg mit sich führen, wenn diese einer üblichen unentgeltlichen Zuwendung entsprechen. Genussmittel darf er nur bis zu folgenden Höchstmengen einführen:

Kaffee	250 g
Kakao	250 g
Schokolade	300 g
Tabakwaren	50 g
Fleisch und Fleischwaren	5000 g

Wiederausreise

Der Reisende darf Geschenke und in der DDR gekaufte Waren (soweit die letzteren nicht durch den Abs. G dieser Verfügung erfasst werden) bis zum Höchstwert von zusammen 150,- DM der Deutschen Notenbank mit sich führen. Der Wert der einzuführenden Waren darf 50,- DM der Deutschen Notenbank nicht übersteigen.

E. Delegationsgeschenke (ausländische, westdeutsche oder Westberliner Delegationen)

Die Dienststellen des AZKW können zulassen, daß ausländische, westdeutsche und Westberliner Delegationen und Personen, die auf offizielle Einladung einer Institution in der DDR oder im demokratischen Sektor von Groß-Berlin diese besuchen und die nachherigen Geschenke für diese Institutionen einfuhrnehmigungs- und im Reiseverkehr mit dem Ausland auch zollfrei einführen, wenn die Besuche der Förderung freundschaftlicher und friedlicher Beziehungen zwischen der DDR und der beteiligten anderen Staaten dienen.

Ausländische, westdeutsche und Westberliner Delegationen, die auf offizielle Einladung einer Institution in der DDR oder im demokratischen Sektor von Groß-Berlin diese besuchen, dürfen bei der Wiederausreise erhaltene Geschenke nur mit einer Ausfuhrgenehmigung ausführen. Die zuständige Dienststelle des AZKW kann Ausnahmen von der Vorlage der Genehmigung zulassen.

Gegenstände und Waren, die die einzelnen Delegationsmitglieder gemäß den Abschnitten A bis D sowie G und H selbst mit sich führen, werden davon nicht berührt.

F. Delegationsgeschenke (DDR-Delegationen)

Die Dienststellen des AZKW können zulassen, daß die Delegationen und Personen der DDR und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin, die auf offizielle Einladung einer ausländischen, westdeutschen oder Westberliner Institution diese besuchen, die ihnen von den einladenden Institutionen übergebenen Geschenke einfuhrnehmigungs- und im Reiseverkehr mit dem Ausland auch zollfrei einführen, wenn die Besuche der Förderung freundschaftlicher und friedlicher Beziehungen zwischen der DDR und den beteiligten anderen Staaten dienen.

Delegierten und Botschaften der DDR und des demokratischen Staates von Groß-Britannien, die ebenfalls in England eine Konsulate in West-Berlin oder West-Berliner Institutionen nach dem Ausland, West-Berlin oder nach den West-Berlinern von Groß-Britannien, dürfen die für diese Institutionen autorisierten Gegenstände und Waren, die die einzelnen Delegationen mit sich führen, die Abschnitte A bis D sowie G und H selbst mit sich führen, und in davon nicht befreit.

G. Mitnahme von Gegenständen, die durch Devisenumtausch erworben wurden

Reisende des Auslands, der Deutschen Bundesrepublik und West-Berlin können Waren aller Art, die sie im Rahmen ihres persönlichen Bedarfs in der DDR gekauft haben, mit sich führen, wenn sie den ordnungsgemäßen Devisenumtausch gegen DM der Deutschen Notenbank oder ein gleichwertiges Bankgeschäft nachweisen können (Umtauschbescheinigung der Deutschen Notenbank) und die Einkaufsquittungen vorlegen.

Als Reisende gelten auch das ausländische, westdeutsche und West-Berliner Personal von Beförderungsmitteln aller Art, wenn diese auf Grund zwischenstaatlicher Verträge

gebührenlos Ausreisungen in DM der DDR erhalten und die Einkaufsquittungen über die im Rahmen ihres persönlichen Bedarfs gekauften Gegenstände vorlegen.

H. Mitnahme von Gegenständen, die durch DDR-Bürger im Ausland, in der Deutschen Bundesrepublik oder in West-Berlin erworben wurden

Reisende der DDR, die außerhalb eines Aufenthalts im Ausland, in der Deutschen Bundesrepublik oder in West-Berlin Gegenstände des persönlichen Bedarfs (außer Kraftfahrzeuge aller Art) gekauft haben, können diese mit sich führen, wenn sie die Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit der Anschaffung nachweisen können (Einkaufsbescheinigung).

I. Diese Verfügung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig wird der Abschnitt VI. der Direktive des Ministerrats für Außenhandel und Innerdeutschen Handel über die Neuregelung der Siegelung von Transportdokumenten vom 14. Mai 1953 aufgehoben.

gez. Hüttenrauch
Staatssekretär

II. Mitteilungen

Innerdeutscher Handel: Vorgriff für das Jahr 1960 auf noch zu treffende Vereinbarungen

20.3.59 IV-11-613 App. 359

Am 5. März 1959 wurde in Leipzig von den Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik der nachstehende „Vorgriff für das Jahr 1960 auf noch zu treffende Vereinbarungen“ abgeschlossen.

gez. Weiss
Stellvertreter des Ministers

Vorgriff für das Jahr 1960 auf noch zu treffende Vereinbarungen

Die zuständigen Behörden in den Währungsgebieten der DM-West und in den Währungsgebieten der DM-Ost werden Bezug und Lieferung der nachstehend aufgeführten Waren bis zu den angegebenen Wertgrenzen durch Erteilung von Zahlungsgenehmigungen, Bezugsgenehmigungen und Warenbegleitscheinen genehmigen:

A. Lieferungen der Währungsgebiete der DM-West

	in Millionen VE
I. Erzeugnisse der eisenschaffenden Industrie, der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Schmiede-, Hammer- und Preßwerke	62
II. Erzeugnisse des Bergbaus	15
III. Fertigerzeugnisse	13

B. Lieferungen der Währungsgebiete der DM-Ost

	in Millionen VE
I. Braunkohlenbriketts	30
II. a) Weizen zum Inlandpreis	22
b) Weizen zum Transitpreis	13
III. Diesellochstoffe	14
IV. Forstwirtschaftliche Erzeugnisse (Rundholz)	5

Die zuständigen Behörden in den Währungsgebieten der DM-Ost erklären die Bereitschaft zum kurzfristigen Bezug der

unter A genannten Erzeugnisse und zur kurzfristigen Lieferung der unter B genannten Erzeugnisse.

Die zuständigen Behörden in den Währungsgebieten der DM-West erklären die Bereitschaft, die Lieferung der unter A genannten Erzeugnisse umgehend zu genehmigen. Sie erklären ferner, daß die Genehmigung zum Bezug der unter B genannten Erzeugnisse für das Jahr 1960 im vierten Vierteljahr 1959, für die Erzeugnisse der Position II a) zum Jahreszeitlich richtigen Zeitpunkt im Jahre 1960, erteilt werden.

Es besteht Einvernehmen über folgende Punkte:

- a) Die sich aus der Wertgrenze für Braunkohlenbriketts in Höhe von 30 Millionen VE ergebende Menge wird auf die für das Jahr 1960 noch zu vereinbarenden Menge angerechnet.
- b) Die Wertgrenze für Diesellochstoffe in Höhe von 14 Millionen VE wird auf die für das Jahr 1960 noch zu vereinbarenden Wertgrenze des Unterkontos G angerechnet.

Die Zahlungen werden über die bei der Deutschen Notenbank und bei der Deutschen Bundesbank geführten Sonderkonten „A“ abgewickelt.

Im übrigen wird den Verhandlungen für die noch abzuschließenden Warenlisten ab 1960 durch diese Vereinbarung nicht vorgegriffen.

Es gelten die Vereinbarungen im „Abkommen über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) (Berliner Abkommen) vom 20. September 1951.“

Leipzig, den 5. März 1959

Für die Währungsgebiete
der Deutschen Mark
(DM-West)

gez. Dr. Leopold

Für die Währungsgebiete
der Deutschen Mark
(DM-Ost)

gez. Behrendt

Rechts: Bekanntmachung des Protokolls zur Ergänzung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1959) – DDR/Rumänische VR –

10. 4. 59 M. App. 17 04

Hiermit wird folgendes bekanntgemacht:

„PROTOKOLL

zur Ergänzung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1959)

Zur Erleichterung der Abschlüsse und der Abwicklung der Verträge zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik und den Außenhandelsunternehmen der Rumänischen Volksrepublik haben das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik und das Ministerium für Handel der Rumänischen Volksrepublik vereinbart, daß für oben angeführte Verträge außer den „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1959) auch die nach folgenden Bestimmungen Anwendung finden:

1. **Zu § 9:**
Konkrete Lieferfristen sind im Vertrag festzulegen. In der Regel sind monatliche Liefertermine zu vereinbaren.
2. **Zu § 29:**
Außer dem im § 29 festgelegten Recht der Einlagerung hat der Verkäufer bei der mit der Eisenbahn zu versendenden Ware auch das Recht, nach Ablauf der Lieferfrist beim Fehlen der Versandinstruktionen die Ware an die Adresse des Käufers zu versenden. Die Absendung der Ware kann jedoch erst dann erfolgen, wenn der Verkäufer den Käufer telegraphisch wegen der fehlenden Versandinstruktionen gemahnt und diese innerhalb von 5 Tagen, gerechnet nach dem Tag der Aufgabe des Telegrammes, nicht erhalten hat.
3. **Zu § 32:**
Die Benachrichtigung über die erfolgte Verladung der Ware hat sofort nach Verladung mittels Telegramm (TM 2) zu erfolgen. Eine Ausfertigung des Telegrammes ist an den Käufer und eine zweite Ausfertigung an das Speditionsunternehmen des Käuferlandes (Deutsches, Berlin bzw. Komtrane, Bukarest) zu richten. Das Telegramm muß die im § 32 vorgesehenen Angaben enthalten.
4. **Zu § 37:**
Vorstellige Lieferungen bedürfen der Zustimmung des Käufers. Die Durchführung von Teillieferungen in einem

zum Wert der kontrahierten Ware prozentual in Verhältnis ist ohne Zustimmung des Käufers nicht zulässig.

5. **Zu § 59:**
Die Konventionalstrafe, die der Verkäufer für die Verzögerung der Warenlieferung gegen den dem im Vertrag festgelegten Termin an den Käufer zu zahlen hat, wird, beginnend vom 31. Tage nach Ablauf des Liefertermins, berechnet.
6. **Zu § 64:**
Der Käufer hat sich die Rechte neben den Ansprüchen auf Konventionalstrafe oder auf die Konventionalstrafen hinaus gegenüber dem Verkäufer auf Schadensersatz geltend zu machen.
7. Die Bestimmungen dieses Protokolls finden auf alle Verträge Anwendung, die nach dem 1. Januar 1959 zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik und den Außenhandelsunternehmen der Rumänischen Volksrepublik abgeschlossen worden sind und noch abgeschlossen werden. Sie finden ebenfalls Anwendung auf die Verträge im Rahmen des Abkommens über gegenseitige Warenlieferungen im Jahre 1959, die bereits vor dem 1. Januar 1959 zwischen den Außenhandelsunternehmen beider Länder abgeschlossen worden sind.
8. Dieses Protokoll tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1959 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Protokoll zur Ergänzung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1959) vom 12. Februar 1959 außer Kraft.

Ausfertigt in Berlin am 26. März 1959, in je zwei Originalen in deutscher und rumänischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

Für das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik gez. Unterschrift	Für das Ministerium für Handel der Rumänischen Volksrepublik gez. Kerber Stellvertreter des Ministers
--	---

Rechts: Direktversand durch Unter- bzw. Zulieferanten der Herstellerbetriebe von Exportwaren in das Ausland

22. 4. 59 H. App. 17 45

Unter nachstehender Voraussetzung können die Unter- und Zulieferanten der Herstellerbetriebe von Exportwaren (im folgenden „Hauptlieferant“ genannt) ihre Erzeugnisse direkt in das Ausland versenden:

- I. Beim Direktversand durch die Unter- bzw. Zulieferanten des Hauptlieferanten finden für die Zollabfertigung von Exportwaren gemäß des dem Hauptlieferanten vorliegenden EA oder EA T (Teil-Exportauftrag) die Festlegungen des § 14 der Anordnung vom 24. I. 1959 über die Verfahrensregelung für den Export (GBl. I, S. 92, im folgenden „Anordnung“ genannt) Anwendung. Diese Anwendung ist nur unter der Voraussetzung anwendbar, daß es sich nicht um Exportwaren handelt, die von der Abfertigung durch den Binnenkontrollant ausgenommen sind und eine Ausfuhrercheinung (AZKW/Batt des EA oder EA T) beim zuständigen Grenzkontrollant hinterlegt ist. Die vom Hauptlieferanten auf Grund des § 14 der Anordnung ausstellenden Ausfuhrercheinungen, die von dem

für den Hauptlieferanten zuständigen Binnenkontrollant bestätigt sein müssen, können für eine bzw. für mehrere Ausfuhrercheinungen der Unter- bzw. Zulieferanten benutzt werden.

- II. Für die Gültigkeitsdauer der Ausfuhrercheinungen gilt in folgenden Grundsätzen:
Nach § 10 der Anordnung festgelegte Gültigkeitsdauer der Ausfuhrercheinung von 8 Wochen, gerechnet vom Tage der Ausstellung der Ausfuhrercheinung, findet für die auf Grund des § 14 der Anordnung vom Binnenkontrollant des Hauptlieferanten bestätigten Ausfuhrercheinungen keine Anwendung. Stattdessen sind folgende Festlegungen anzuwenden:
a) Für vom Binnenkontrollant des Hauptlieferanten auf Grund des § 14 bestätigte Ausfuhrercheinungen, die in einer Ausfuhrercheinung bestätigt werden, wird die Gültigkeitsdauer von 8 Wochen im Sinne des § 10 der Anord.

nung erst vom Zeitpunkt der Zollabfertigung an gerechnet.

- b) Für vom Binnenkontrollamt des Hauptlieferanten auf Grund des § 14 der Anordnung bestätigte Ausfuhrmeldungen, die nicht in einer Auslieferung erledigt werden (sogenannte „Globalausfuhrmeldungen“), wird keine Gültigkeitsdauer festgelegt. Diese „Globalausfuhrmeldungen“ werden nur nach voller Auslieferung oder durch Widerruf ungültig.
- c) Die auf Grund dieser „Globalausfuhrmeldungen“ für die jeweiligen Teilsendungen dann von den Unter- bzw. Zulieferanten auszustellenden Ausfuhrmeldungen werden wie jede andere Ausfuhrmeldung im Sinne des § 10 der Anordnung behandelt und verfallen 8 Wochen nach dem Tage der Ausstellung.

III. Wird durch Berichtigung bzw. Änderung der beim Hauptlieferanten vorliegende EA oder EA/T reduziert (mengen- und/oder wertmäßig) oder werden Stornierungen bzw. Annullierungen vorgenommen, so ist der Hauptlieferant verpflichtet, die von der Berichtigung, Änderung, Stornierung oder Annullierung betroffenen bestätigten Ausfuhrmeldungen bzw. „Globalausfuhrmeldungen“ von den

Unter- bzw. Zulieferanten sofort zurückzufordern und ggf. neue Ausfuhrmeldungen bzw. „Globalausfuhrmeldungen“ auszustellen.

IV. Für die Ausstellung von Ausfuhrmeldungen sind folgende Grundsätze maßgebend:

Die vom Hauptlieferanten auf Grund des § 14 der Anordnung seinem zuständigen Binnenkontrollamt zur Bestätigung vorzulegenden Ausfuhrmeldungen müssen neben einer ausführlichen Spezifikation grundsätzlich auch die Angaben über Stückzahl, Wert und Gewicht enthalten. In Ausnahmefällen kann

- a) auf die Gewichtsangaben verzichtet werden, wenn genaue Stückzahl- und Wertangaben vorhanden sind. In diesem Falle sind die Gewichtsangaben bei Versand von den Unter- bzw. Zulieferanten einzusetzen.
- b) auf die Stückzahlangaben verzichtet werden, wenn genaue Gewichts- und Wertangaben vorhanden sind. In diesem Falle sind die Stückzahlangaben bei Versand von den Unter- bzw. Zulieferanten einzusetzen.

gez. Hüttenrauch
Staatssekretär

Recht: Anordnung über die Ausfuhr und Einfuhr von Werbematerial im Außenhandel und im innerdeutschen Handel

30. 4. 59 Hn. App. 17 45

Im GBl. I, S. 178 (Nr. 10 vom 26. 1. 59) ist folgende Anordnung erschienen:

Anordnung

über die Ausfuhr und Einfuhr von Werbematerial im Außenhandel und innerdeutschen Handel vom 24. Februar 1959

Im Einvernehmen mit der Staatlichen Plankommission, dem Minister des Innern, dem Minister für Verkehrswesen und dem Minister für Post- und Fernmeldewesen wird folgendes angeordnet:

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Für die Ausfuhr von Werbematerial aller Art (gedrucktes und sonstiges Werbematerial) in das Ausland, die Deutsche Bundesrepublik und Westberlin sowie für die Einfuhr von Werbematerial aller Art aus dem Ausland, der Deutschen Bundesrepublik und Westberlin finden die nachfolgenden Bestimmungen, die auch für die Einfuhr von Werbematerial im Reiseverkehr entsprechend gelten, Anwendung.

§ 2

(1) Als gedrucktes Werbematerial des Außenhandels und innerdeutschen Handels im Sinne dieser Anordnung gelten Kataloge, Prospekte, Broschüren, Firmenankündigungen, Plakate und sonstige Geschäftsdruckereien, die dazu bestimmt sind, den Kundenkreis im Ausland, in der Deutschen Bundesrepublik oder Westberlin bzw. in der Deutschen Demokratischen Republik über bestimmte geschäftliche und technische Verhältnisse zu unterrichten. Dazumehr fallen auch Bedienungsanweisungen, Gebrauchsanweisungen und Gerätebeschreibungen, soweit sie Werbewochen dienen.

(2) Als sonstiges Werbematerial des Außenhandels und innerdeutschen Handels im Sinne dieser Anordnung gelten solche Gegenstände, die auf Grund ihrer Beschaffenheit und Herstellungsart keine Druckgenehmigungsnummer erhalten (z. B. Pappständer, Werbefotos, Zeichnungen, Fullfederhalter, Aschbecher usw.) und die den Geschäftspartnern üblicherweise zum Zeichnen dienender oder auszubehender Geschäftsverbindungen überhandt werden.

(3) Muster und Proben von Erzeugnissen, die der versendende Betrieb herstellt hat oder herstellt sowie technische Zeichnungen und Dokumentationen gelten nicht als Werbematerial im Sinne dieser Anordnung.

Ausfuhr

§ 3

(1) Die Ausfuhr von gedrucktem Werbematerial bedarf keiner Genehmigung, wenn

- a) das zum Versand kommende Werbematerial mit einer früher vom Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel erteilten TRPT-Nummer versehen ist,
- b) das zum Versand kommende Werbematerial mit einer vom zuständigen Außenhandelsunternehmen erteilten Druckgenehmigungsnummer versehen ist.

(2) Auf der Sendung und in den Begleitpapieren ist deutlich sichtbar folgender Vermerk anzubringen:

„Werbematerial — mit Druckgenehmigungsnummer“.

§ 4

(1) Die Ausfuhr von sonstigem Werbematerial bedarf keiner Genehmigung, wenn dieses durch die Angabe eines Werbeteiles, des Betriebes u. d. auf dem jeweiligen Gegenstand deutlich als Werbematerial erkennbar ist.

(2) Auf der Sendung und in den Begleitpapieren ist deutlich sichtbar folgender Vermerk anzubringen:

„Werbematerial — ohne Druckgenehmigungsnummer“.

§ 5

(1) Die Einfuhr von Werbematerial aller Art ist auf dem Eisenbahn-, Straßen-, Wasser-, Luft- oder Postweg zugelassen.

(2) Erfolgt der Versand auf dem Eisenbahn-, Straßen-, Wasser- oder Luftweg, so ist die Sendung vor Versand der örtlich zuständigen Dienststelle des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs zur Kontrolle vorzuführen.

(3) Erfolgt der Versand auf dem Postweg, so ist die Sendung beim örtlich zuständigen Postamt aufzuliefern. Die Deutsche Post führt im Auftrag des Versenders die Sendung der örtlich zuständigen Dienststelle des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs zur Kontrolle vor.

Einfuhr

§ 6

(1) Die Einfuhr von gedrucktem und sonstigem Werbematerial bedarf keiner Genehmigung, sofern dieses Werbematerial nicht gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik widerspricht.

(2) Die Einfuhr von gedrucktem und sonstigem Werbematerial ist nur an die nachfolgend genannten Empfänger zugelassen:

- a) Organe der staatlichen Verwaltung,
- b) Kammer für Außenhandel,
- c) Außenhandels-Werbegesellschaft mbH.

- d) Außenhandelsunternehmen,
e) Handelsvertretungen ausländischer Staaten.

- (3) Für die Einfuhr von Werbematerial durch Ansteller auf Messen und Ausstellungen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ist das Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs berechtigt, Ausnahmen von den im Abs. 2 zum Empfang von Werbematerial berechtigten Empfängern zuzulassen.

§ 7

- (1) Die Einfuhr von Werbematerial aller Art ist auf dem Eisenbahn-, Straßen-, Wasser-, Luft- oder Postweg zugelassen.
(2) Die Sendungen unterliegen der Kontrolle durch die zuständigen Dienststellen des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs.

Wiederaus- bzw. -einfuhr

§ 8

- (1) Eingeführtes Werbematerial kann ohne Genehmigung wieder zur Ausfuhr gebracht werden.
(2) Abwender dürfen nur die gemäß § 6 zum Empfang von eingeführtem Werbematerial Berechtigten sein.
(3) Für die Abfertigung durch die Dienststellen des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs findet der § 5 dieser Anordnung entsprechende Anwendung.

§ 9

- (1) Ausgeführtes Werbematerial kann ohne Genehmigung wieder zur Einfuhr gebracht werden.
(2) Für die Abfertigung durch die Dienststellen des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs findet der § 7 dieser Anordnung entsprechende Anwendung.

Schlußbestimmungen

§ 10

- (1) Diese Anordnung tritt 4 Wochen nach ihrer Verkündung in Kraft.
(2) Gleichzeitig treten die Anordnung vom 12. August 1953 über die Neuordnung des Versandes von Werbematerial aus der Deutschen Demokratischen Republik (GBL I, S. 576) sowie die Anordnung Nr. 2 vom 20. Dezember 1950 über die Neuordnung des Versandes von Werbematerial aus der Deutschen Demokratischen Republik (GBL I 1937, S. 34) außer Kraft.

Berlin, den 16. Februar 1959

Der Minister
für Außenhandel und Innerdeutschen Handel
R a u
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates